

1 **Antrag A2**

2 **Antragsteller:**

4 **Landesvorstand**

11 **„Aktivrente als Arbeitnehmerinstrument –**
12 **ergänzende Lösung für Selbständige“**

14 Die Mittelstands- und Wirtschaftsunion Nordrhein-Westfalen fordert die
15 Landesregierung auf, im Rahmen ihrer Initiativrechte im Bundesrat sowie über die
16 Bundes-CDU darauf hinzuwirken, dass neben der geplanten Aktivrente für
17 Arbeitnehmer ein eigenständiges steuerliches Förderinstrument für selbständige und
18 freiberufliche Erwerbstätigkeit im Alter eingeführt wird.

20 Hierzu soll ein zusätzlicher altersbezogener Erwerbstätigenfreibetrag für Einkünfte aus
21 selbstständiger Arbeit (§ 18 EStG) sowie aus Gewerbebetrieb (§ 15 EStG) geschaffen
22 werden, der ab Erreichen der gesetzlichen Regelaltersgrenze gilt.

24 Der Freibetrag ist zusätzlich zum allgemeinen Grundfreibetrag zu gewähren und auf
25 nachweislich aktive selbständige Erwerbstätigkeit zu beschränken. Er ist in seiner
26 Höhe bewusst niedriger auszugestalten als die steuerliche Begünstigung der
27 Aktivrente für Arbeitnehmer, um eine systemgerechte Annäherung ohne
28 Gleichstellung unterschiedlicher Erwerbsformen zu erreichen

30 Eine Öffnung oder Ausweitung der Aktivrente auf andere Erwerbsformen ist nicht
31 Gegenstand dieses Beschlusses.

33 **Begründung:**

34 Die demografische Entwicklung und der zunehmende Fachkräftemangel machen es
35 erforderlich, Erwerbstätigkeit über die Regelaltersgrenze hinaus attraktiver zu
36 gestalten. Die von der Bundesregierung geplante Aktivrente für Arbeitnehmer setzt
37 hierfür einen wichtigen Impuls, indem sie steuerliche Anreize für abhängige
38 Beschäftigung im Alter schafft.

39 Gleichzeitig ist festzustellen, dass selbstständige und freiberufliche Erwerbstätige
40 bislang von vergleichbaren arbeitsbezogenen Anreizen ausgeschlossen sind, obwohl
41 sie insbesondere im Mittelstand, im Handwerk und in den freien Berufen auch über
42 die Regelaltersgrenze hinaus einen wesentlichen Beitrag zur wirtschaftlichen
43 Leistungsfähigkeit leisten.

Der vorliegende Antrag verfolgt ausdrücklich **nicht** das Ziel, die Aktivrente auf andere Erwerbsformen auszuweiten oder bestehende Instrumente zu verändern. Eine pauschale Öffnung der Aktivrente für Selbständige würde unterschiedliche steuerliche und versorgungsrechtliche Systeme miteinander vermischen und wäre weder sachgerecht noch rechtssicher. Stattdessen wird ein eigenständiger, klar abgegrenzter Lösungsansatz vorgeschlagen, der den Besonderheiten selbstständiger Erwerbstätigkeit Rechnung trägt und die Systemlogik des Steuerrechts wahrt.

Selbständige und Freiberufler erzielen keine Arbeitslöhne, sondern Gewinneinkünfte. Ihre Erwerbstätigkeit endet regelmäßig nicht formal mit dem Renteneintritt, sondern faktisch dann, wenn steuerliche Belastungen, Bürokratie oder fehlende Anreize eine Fortführung unattraktiv machen. Bestehende steuerliche Regelungen wie der Grundfreibetrag oder der Altersentlastungsbetrag dienen entweder der Sicherung des Existenzminimums oder wirken pauschal und degressiv. Sie sind nicht an aktive Erwerbstätigkeit gekoppelt und entfalten daher keinen gezielten Anreiz, selbstständige Arbeit im Alter fortzuführen. Hier besteht eine förderpolitische Lücke.

Der vorgeschlagene altersbezogene Erwerbstätigenfreibetrag knüpft gezielt an aktive selbstständige Erwerbstätigkeit an und wird zusätzlich zum allgemeinen Grundfreibetrag gewährt. Durch die Beschränkung auf Gewinneinkünfte aus aktiver Tätigkeit sowie den Ausschluss von Kapital-, Vermietungs- oder rein vermögensverwaltenden Einkünften wird eine zielgenaue und missbrauchsbegrenzte Förderung sichergestellt.

Die Höhe des Freibetrags ist bewusst niedriger ausgestaltet als die steuerliche Begünstigung der Aktivrente für Arbeitnehmer. Arbeitnehmer können im Rahmen der geplanten Aktivrente nach derzeitigem Stand bis zu 2.000 Euro Arbeitslohn pro Monat und damit bis zu 24.000 Euro jährlich steuerfrei erzielen – zusätzlich zum Grundfreibetrag. Der Antrag zielt daher nicht auf eine Gleichstellung, sondern auf eine maßvolle, systemgerechte Annäherung unterschiedlicher Erwerbsformen.

Der Antrag steht im Einklang mit den Zielen des Koalitionsvertrags von CDU/CSU und SPD auf Bundesebene, Arbeit im Alter attraktiver zu gestalten. Die geplante Aktivrente für Arbeitnehmer wird durch diesen Antrag weder in Frage gestellt noch verändert. Vielmehr ergänzt der vorgeschlagene Ansatz diese Zielsetzung systemgerecht für selbstständige Erwerbsformen, die bislang nicht adressiert sind, und stellt damit eine konsistente Fortentwicklung der bestehenden politischen Linie dar.

Mit der Einführung eines altersbezogenen Erwerbstätigenfreibetrags für Selbständige wird eine bestehende Förderlücke geschlossen, ohne unterschiedliche Systeme zu vermischen oder rechtliche Unsicherheiten zu erzeugen. Der Antrag verbindet rechtliche Klarheit, steuerliche Systematik und politische Anschlussfähigkeit und leistet damit einen sachgerechten Beitrag zur Förderung von Arbeit im Alter.

Votum der Antragskommission:

Annahme